

**Geschäftsführung
Gesundheits-, Alters- und
Pflegekonferenz**

Es informiert Sie	Sylvia Habiger
Telefon	+49 202 563 2336
Fax	+49 202 563 8531
E-Mail	Sylvia.Habiger@stadt.wuppertal.de
Datum	23.04.2019

Niederschrift

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz
(SI/0617/19) am 10.04.2019**

Anwesend sind:

von der SPD-Fraktion

Frau Maria del Rosario Fernandez Bravo , Herr Thomas Kring ,

von der CDU-Fraktion

Herr Erhard Werner Buntrock ,

von der FDP-Fraktion

Frau Birgit Steenken ,

benanntes Mitglied

Herr Uwe Benn , Herr Horst Bürgener , Frau Claudia Burmeister , Herr Detlef Burmeister , Herr Dr. Heinz de Moll , Frau Alexandra Dicken , Herr Reinhard Fliege , Herr Dr. Christoph Glaser , Frau Dr. Elisabeth Hemmer , Herr Thomas Kirst , Herr Jürgen Krefting , Frau Christel Longrée , Frau Martina Luhmer , Herr Dr. Christoph Sandweg ,

von der Verwaltung

Frau Marianne Krautmacher , Herr Michael Lehnen , Frau Martina Völker ,

Schriffthführer / in:

Sylvia Habiger

Beginn: 14:01 Uhr

Ende: 15:25 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Herr Lehnen begrüßt die Anwesenden.

2 Verabschiedung der Tagesordnung

Es gibt keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

3 Genehmigung des Protokolls vom 30.01.2019

Es gibt keine Anmerkungen zum Protokoll.

4 Vorstellung Bündnis natürliche Geburt - Frau Seeland, Geburtshaus Wuppertal

Frau Seeland vom Geburtshaus Wuppertal stellt sich und ihre Arbeit im Geburtshaus kurz vor. Sie ist seit 25 Jahren dort beschäftigt und im Bereich Organisation und Management geschäftsführend tätig. Mittels einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 1 des Protokolls) stellt sie das seit 2016 bestehende und nach einem Vorbild aus Bremen initiierte „Bündnis Natürliche Geburt vor“. Sie erläutert, dass das Bündnis an die Verwaltung angebunden ist, durch die Angliederung an die Gleichstellungsstelle, und auch durch Herrn Dr. Kühn unterstützt wird.

Im Anschluss an ihren Vortrag bringt Herr Dr. Sandweg vor, dass es große Probleme mit Zahnbeschwerden bei schwangeren Frauen gibt. Er möchte gerne daran appellieren, dass man den Frauen, die geplant schwanger werden wollen, zuvor einen Gang zum Zahnarzt rät, da es immer wieder zu Problemen kommt, wenn Frauen während der Schwangerschaft in zahnärztliche Behandlung müssen.

Frau Orth erinnert daran, dass viele Hebammen aus wirtschaftlichen Gründen ihre Selbstständigkeit aufgeben mussten, und möchte wissen, wie es mit den selbstständigen Hebammen weitergeht. Frau Seeland erläutert dazu, dass es aufgrund der hohen Haftpflichtversicherungsbeiträge mittlerweile einen gesetzlich verankerten Sicherstellungszuschlag gibt, durch den 2/3 der Haftpflichtversicherungsbeiträge durch die GKV erstattet werden. Dies soll den Hebammen auch als Motivation dienen, es nochmals mit der Selbstständigkeit zu versuchen. Zudem möchte Frau Orth wissen, wie es mit der Ausbildung der Hebammen in Wuppertal weitergeht. Frau Seeland sagt dazu, dass es auf jeden Fall weiterhin die Ausbildung für Hebammen in Wuppertal an der entsprechenden Schule geben soll, und dass im Helios Klinikum noch darüber beraten wird, welche der beiden möglichen Ausbildungsformen weiter verfolgt werden soll.

Herr Buntrock möchte wissen, ob es Zahlen für die Entwicklung von Hausgeburten, Klinikgeburten und Kaiserschnitten gibt. Laut Frau Seeland liegt bereits eine Statistik aus dem Jahr 2017 vor, aber die Zahlen müssen sich noch festigen, da das Bündnis noch recht jung ist. Sie sagt, dass die Hausgeburtenrate stetig ansteigt, und zurzeit ca. 2 % der Geburten außerklinisch erfolgen. Es wären wohl auch 8 % machbar, wenn der Platzbedarf im Geburtshaus diesbezüglich gedeckt werden könnte. Die Kaiserschnitttrate liegt derzeit bei 7 % im Geburtshaus, bei 27 % im Bethesda und bei 31 % im Helios. Regional gibt es Kaiserschnitttraten von 20 – 60 %, die Unterschiede der einzelnen Bundesländer sind hier sehr groß.

Herr Benn erkundigt sich nach der Überwindung von Sprachbarrieren, insbesondere auch für die vielen syrischen Mitbürger*innen. Er sieht Probleme aufgrund der mangelnden Vorsorge, und bietet das Jobcenter auch für Aufklärungsoffensiven an, damit Vorsorge auch wahrgenommen wird. Frau Seeland freut sich über das Angebot und berichtet von einem ersten Aufschlag des Bündnisses zu einem Infoflyer, bei dem man zurzeit eine arabische Übersetzung anstrebt. Problematisch ist es dabei einen (kostenfreien) Übersetzer zu finden, der über die entsprechende technische Ausstattung (arabische Tastatur) verfügt.

Frau Völker erläutert, dass die Suche nach Verbündeten und die gemeinsame Arbeit das Kernstück des Bündnisses darstellt. Sie findet es sehr wichtig im Rahmen der heutigen Vorstellung neue Kontakte zu finden. Ein Pool von Helfern wäre ihrer Ansicht nach sehr sinnvoll, da es zunächst einmal keine zugesicherte Finanzierung gibt.

Herr Dr. de Moll regt an, dass es einen Hinweis zum Zahnstatus im Mutterpass gibt, und als sinnvoller Hinweis dort ergänzt werden könnte, dass sich Frauen zu Beginn ihrer Schwangerschaft einmal beim Zahnarzt vorstellen sollten. Bei Sprachbarrieren könnte eventuell die deutsch-syrische Ärztegemeinschaft helfen. Er weist zudem darauf hin, dass die Syrer eine andere Geburtskultur haben als wir. Begüterte lassen dort einen Kaiserschnitt machen, während die ärmere Bevölkerung die Kinder ohne Hilfe zur Welt bringt. Zu den Hebammen ergänzt er, dass diese Probleme damit haben, Akzeptanz bei den Gynäkologen zu finden. Diese lehnen in der Regel Hausgeburten ab, unterstützen jedoch eine natürliche Geburt im Krankenhaus. Insgesamt sind jedoch der Mangel an Hebammen und der Mangel an Gynäkologen ein ernstzunehmendes Problem. Beim Helios-Klinikum sieht er die hohe Kaiserschnitttrate dadurch begründet, dass es sich um eine Klinik für Früh- und Risikogeburten handelt. Er verweist noch auf die unterschiedlichen seelischen und körperlichen Folgen für die Kinder bei den unterschiedlichen Formen der Geburten.

Herr Buntrock wendet ein, dass die Beratung von Migrant*innen nicht an den Finanzen scheitern sollte, da es eine hohe Integrationspauschale gibt. Er würde sich auch für eine solche Verwendung dieser Mittel einsetzen.

Herr Lehnen verweist zudem noch auf das Wuppertaler Sprint-Projekt, welches das Bündnis nutzen könnte. Frau Seeland gibt an, sich diesbezüglich bereits im Gespräch mit dem Jobcenter zu befinden.

Herr Schmidt weist nochmals darauf hin, dass die Kultur bei der Geburt ein wesentlicher Aspekt ist, und es in Wuppertal 80 bis 90 verschiedene Nationalitäten gibt. Er denkt man benötigt Hebammen mit Migrationshintergrund, da diese die Kultur besser vermitteln können.

Herr Dr. Sandweg gibt abschließend noch an, dass es im zahnärztlichen Bereich keine sprachlichen Barrieren gibt, da viele Sprachen durch die Ärzte und ihre

Angestellten abgedeckt werden. Er verweist noch auf rechtliche Probleme die entstehen können, wenn ein Arzt vor Ort nicht mit dem Patienten kommunizieren kann, und es z. B. aufgrund von Allergien oder weil jemand Bluter ist zu unabsehbaren Folgeschäden kommen kann.

5 Mündlicher Bericht zur 27. Landesgesundheitskonferenz Nordrhein-Westfalen: Versorgung von älteren Menschen mit Demenz und anderen psychischen Erkrankungen - Frau Krautmacher, Frau Hembach, Frau Löber

Frau Krautmacher berichtet mittels einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 2 des Protokolls) von der 27. Landesgesundheitskonferenz. Sie erläutert die Leitlinien und Ziele der Entschließung der Konferenz und nimmt Bezug auf bestehende Angebote und Aktivitäten in Wuppertal. Insgesamt sieht sie Wuppertal bzgl. der landesseitig angeregten Weiterentwicklungsbedarfe gut aufgestellt, da eine Vielzahl von Themen bereits angegangen wurden und werden.

Die Präsentation, die sie gemeinsam mit den Kolleginnen Claudia Hembach und Heike Löber erarbeitet hat, die beide heute nicht teilnehmen konnten, gibt nur einen kurzen Überblick über die Themenfelder. Die ausführlichen Ergebnisse findet man auf der Webseite der Landesgesundheitskonferenz unter <https://www.mags.nrw/landesgesundheitskonferenz> auf der rechten Seite zum Download.

Am Ende des Vortrages stellt Frau Krautmacher die Frage, an welchen der behandelten Themen die Konferenzmitglieder Interesse haben, um diese ggf. vertiefend in der GAPK zu behandeln. Herr Lehnen bitte die Teilnehmer darum, diese Frage mit in die einzelnen Institutionen zu nehmen.

6 Verschiedenes

Herr Dr. Glaser informiert darüber, dass vom Demenzservicecenter am 18.06.2019 zum Abschluss seiner Tätigkeit eine Informationsveranstaltung zum Thema „Demenz und Depression“ durchgeführt wird, wo über Demenz und psychische Erkrankungen informiert werden soll.

Frau Habiger verliest eine Rückmeldung zu den Beteiligungen der GAPK zu den Krankenhausplanungen aus 2016 und 2017. Das Verfahren für die Somatik (Dr. Becker Unternehmensgruppe) wurde mit entscheidenden Erlassen des MAGS vom 09.12.2016 und 07.02.2017 entschieden, mit Feststellungsbescheiden entsprechend umgesetzt und ist bestandskräftig. Das Verfahren für die Ev. Stiftung Tannenhof und die Dr. Becker Klinik sind ebenfalls mit Erlass des MAGS vom 29.06.2018 entschieden. Der Feststellungsbescheid für die Ev. Stiftung Tannenhof ist vom 21.02.2019. Der Antrag der Dr. Becker Klinik wurde mit Bescheid vom 21.02.2019 abgelehnt. In beiden Verfahren läuft noch die Klage- bzw. Widerspruchsfrist, daher sind der Feststellungsbescheid und der Ablehnungsbescheid noch nicht bestandskräftig.

Frau Krautmacher gibt Ausblick auf die verbindliche Pflegebedarfsplanung, die zuletzt Daten für das Jahr 2018 erhoben hat. Aufgrund der aktuellen Diskussion in Wuppertal zum Thema „verfügbare freie Plätze in Pflegeheimen“ sollen zusätzlich weitere aktuelle Daten erhoben werden. Sie informiert hier bereits

vorab, dass am 01.07.2019 in allen stationären Einrichtungen Telefonabfragen (Wie viele freie Plätze gibt es? Wie viele Plätze sind grundsätzlich belegbar? Wie viele Plätze gibt es laut Versorgungsvertrag?) stattfinden werden. Die Einrichtungen werden vorher angeschrieben und sollen eine Kontaktperson für den 01.07.2019 benennen, die diese Fragen beantworten kann.

Herr Benn äußert daraufhin ein Fernziel: Er wünscht sich eine Stelle, wo Angehörige, die in der Not sind einen Angehörigen stationär unterzubringen, anrufen können, um den aktuellen Belegungsstatus abzufragen, und einen Platz zu finden. Frau Krautmacher erläutert, dass eine solche „Börse“ mit der Kooperation der Einrichtungen und deren Engagement, die Einträge immer aktuell zu halten, steht und fällt. Sie sagt, dass diese Thematik derzeit von Minister Laumann im Rahmen der Novellierung des WTG/APG verfolgt wird, und eine entsprechende landesweite Webseite zu freien Plätzen geplant ist. Herr Bürgener verweist auf den Aspekt, dass ein älterer Mensch sich auf Dauer in einer Einrichtung wohlfühlen soll. Daher lehnt er eine „Börse“ mit freien Heimplätzen ab, da es dabei lediglich um einen Platz ohne Berücksichtigung der individuellen Eignung geht. Herr Schmidt stimmt Herrn Bürgener diesbezüglich zu. Er sagt, dass man sich untereinander kennt, und die Interessenten vernünftig umleiten. Er bemängelt zudem die Tatsache, dass die Krankenhaus-Sozialdienste nur zwischen freien oder belegten Plätzen differenzieren. Herr Burmeister erklärt seitens des Krankenhauses den Druck, da man die Patienten nicht übermäßig lange dort behalten dürfe. Aus seiner Sicht gibt eine „Börse“ freier Heimplätze nicht das Wahlrecht auf, sondern ist ein Arbeitsmittel, um Ressourcen zu sparen. Frau Buschhaus erläutert, dass es oft Wartelisten gibt, da die Menschen sich bereits im Vorfeld die passende Einrichtung aussuchen. Da man jedoch im Akutfall helfen möchte, muss man hier oftmals zwischen der Warteliste und der akut betroffenen Person entscheiden. Nach Aussage von Herrn Bürgener bringt eine Veröffentlichung freier Plätze eine Einrichtung auch in die unangenehme Situation, gar keine Möglichkeit der Ablehnung zu haben. Eine spätere Verlegung, wenn der Klient zum Beispiel nicht bleiben will oder ins Umfeld passt, kann dann jedoch auch problematisch werden. Herr Lehnen wendet ein, dass es sich oftmals um Patient*innen handelt, denen vor einem Krankenhausaufenthalt nicht bewusst war, dass sie im Anschluss daran nicht wieder nach Hause zurückkehren können, was natürlich zu einer schwierigen Situation wird. Laut Herrn Schmidt werden oft freie Plätze in solchen Heimplatzbörsen auch lediglich angegeben um am Markt präsent zu sein. Er findet das beste Werkzeug sei immer noch eine gute Vernetzung der Einrichtungen untereinander, auch mit dem Krankenhaus-Sozialdienst, um für alle Beteiligten eine höhere Zufriedenheit zu schaffen.

Herr Dr. De Moll möchte ein Diskussionsthema für die nächste Sitzung der GAPK anmelden. Er sagt, dass die Notärzte Probleme mit der Totenscheinausstellung haben. Es gibt wohl auch unterschiedliche Vorgaben, wie die Stadt, das Heim etc. die Ausfertigung haben möchten. Hier stehen sich Unsicherheiten und klare Leitlinien der Rechtsmedizin gegenüber. Fraglich ist auch das Vorgehen beim Notdienst. Herr Schneider ergänzt zudem, dass es auch juristische Implikationen geben könne, z. B. in Bezug auf die Erbfolge.